

Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

SCHWERPUNKTE, TENDENZEN, DEFIZITE

WOLFGANG WESSELS

Warum ein weiteres Kapitel im Jahrbuch?

Der Bilanz der Europäischen Integration eine Übersicht über Schwerpunkte wissenschaftlicher Diskussionen hinzuzufügen¹, erscheint so nützlich wie schwierig. Ein derartiges Kapitel entspringt einem mehrfach geäußerten Anliegen, auch Informationen über wesentliche Argumentationslinien der wissenschaftlichen Diskussion zu erhalten, die sich allzu häufig der Aufmerksamkeit und dem Zugriff auch des an ‚theoretischen‘ Integrationsfragen interessierten Publikums entziehen. Als nützlich gilt es, zentrale Fragen und Denkfiguren wissenschaftlicher Arbeiten zu identifizieren sowie Konzeptionen im Entstehungs- und Entwicklungsprozeß aufzuspüren. Aus den Jahren 1984/85 bietet sich insbesondere die intensive Auseinandersetzung über die Europäische Union zur Untersuchung derartiger integrationspolitischer Grundfragen an. Daneben können als weitere Schwerpunkte in der Fülle der Arbeiten die Diskussion über ‚abgestufte Integration‘, ‚revisionistische‘ Untersuchungen in der Geschichtsforschung zur Gemeinschaft, weiterführende Arbeiten zu zentralen Politikbereichen sowie ergänzende und vertiefende Analysen des institutionellen Geflechts ausgemacht werden. Kaum Anregungen lassen sich dagegen aus der weiterhin fragmentierten ‚Theorie‘-Diskussion ableiten.

Die Schwierigkeiten sind jedoch mannigfaltig: Eine Arbeit über den ‚state of the art‘ kann nicht getrennt von der politischen Auseinandersetzung quasi als Jahresbericht eines integrationstheoretischen Debattierklubs erstattet werden. Zwischen den politischen und wissenschaftlichen Diskussionen bestehen zu viele kurz- und langfristig wirkende Wechselbeziehungen und Überlappungen: Politiker können Auslöser und Verstärker wissenschaftlichen Arbeitens sein; politische Strategien, Erfolge und Mißerfolge sind dabei Gegenstand analytischer Untersuchungen. Politisches Verhalten soll aber auch von normativ-programmatischen Empfehlungen aus dem wissenschaftlichen Bereich mittelbar und unmittelbar beeinflußt werden. Arbeiten der ‚Wissenschaft‘ etwa zur Europäischen Union wurden so gerne als ‚Alibi‘ und zur Unterstützung politischer Ziele herangezogen oder – falls nicht passend – als ‚realitätsfremd‘ abgetan. So hat das Europäische Parlament das Renommé und die Fähigkeit ausgewiesener Juristen (Capotorti/Hilf/Jacobs/Jacqué 1985) genutzt, um seine politischen Optionen in eine rechtlich abgesicherte Form zu gießen. Aber die wissenschaftliche Debatte wurde nicht zum Sklaven einer ihr vielleicht auch grundsätzlich sympathischen

Politik; sie verselbständigt sich nach ihren eigenen Regeln; auch grundsätzliche Befürworter der Parlamentsinitiative lehnten eine ‚Tabuisierung‘ dieses Entwurfes ab (Schneider 1984: 10) und setzten sich mit zentralen Elementen kritisch auseinander (Hilf 1985; Jacqué 1985; Pinder 1985 a; Pinder 1985 b). Eine überraschend breite Skepsis gegenüber Kernelementen des Vertragsentwurfs läßt entweder auf Mängel in der Abfassung des Vertragsentwurfs und auf eine begrenzte Dialogbereitschaft des EP selbst oder aber auf integrationspolitisch konservative Grundtendenzen einer Mehrzahl der Wissenschaftler schließen.

Von einem gegenseitig fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft und Politik kann demnach auch bei dieser Debatte nicht gesprochen werden. Zu häufig sind die Arbeitsbedingungen und der Arbeitsstil zu unterschiedlich, als daß sich die Politiker den Beiträgen der Wissenschaftler nachhaltig stellen oder die Experten die Nöte der Politiker ausreichend einbeziehen würden.

Noch schwieriger sind mögliche Langzeitwirkungen wissenschaftlicher Arbeiten auf die Politik abzuschätzen. Infolge der Prägung von Begriffen und Konzepten können akademische Beiträge zu spezifischen Leitbildern der Europapolitik verdichtet werden², die erhebliche Auswirkungen auf die Identifizierung politischer Probleme und die politische Programmatik haben können. Aus der Fülle der Beiträge aus dem Berichtszeitraum werden vielleicht Überlegungen zur ‚abgestuften Integration‘ derartige Leitbildfunktionen übernehmen (Grabitz 1984; Wallace 1985; Institut d'Etudes Européenne, Université Libre de Bruxelles 1986).

Für einen einzigen Autoren muß ein derartiges Vorhaben, den ‚Zeitgeist‘ der Integrationsdebatte aufzuspüren und auch noch zu beurteilen, ein nicht erfüllbarer Anspruch bleiben; dennoch ist zu hoffen, daß die Anmerkungen und Randnotizen, denen ein spezifischer Erfahrungs- und Interessenhintergrund zugrunde liegt, neben informatorischen Hinweisen – trotz oder vielleicht gerade wegen Unvollständigkeiten und Mißverständnissen – Anstöße geben können, jene weiterhin bestehenden, seltsam anmutenden Dialogschwierigkeiten in der Diskussion über westeuropäische Integrationspolitik zu verringern.

Vielfalt und Defizite in der Forschungslandschaft

Die Durchdringung und Kommentierung der Integrationspolitik sind von einer immer wieder überraschenden Vielfalt von Veröffentlichungen³, Forschungsprojekten⁴ und Tagungen⁵ geprägt. Fachzeitschriften⁶ sowie Artikel in anderen Zeitschriften zur internationalen Politik⁷ geben ausreichende Möglichkeiten, eine aktuelle und lebendige Diskussion zu führen. Interdisziplinäre (Fach)Einrichtungen⁸ sind in nationalen Akademikerkreisen für westeuropäische Untersuchungen fest etabliert. Auch andere Institute und Forschungseinrichtungen⁹ beschäftigen sich genauso wie einige Abteilungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und Vereinigungen¹⁰ mit Fragen westeuropäischer Integration. Europaweit oder international gibt es ebenso Einrichtungen und Zusammenschlüsse¹¹, die die Diskussion über ein breites Spektrum von EG- und integrationsbezogenen Themen anregen.

Die Kommission selbst setzt unabhängige Expertengruppen zum Studium spezifischer Fragestellungen ein. Die meisten Fachwissenschaftler¹² verfügen dazu noch über eigene internationale Diskussionsforen, die gelegentlich auch EG-Fragen diskutieren.

Gemessen an diesen Indikatoren forschungsorganisatorischer Verfestigung wäre ein Zustand interdisziplinären und internationalen Austausches zu erwarten, der durch eine hohe Vitalität und gegenseitige Durchdringung gekennzeichnet sein müßte. Diese Hoffnung wird jedoch in der Realität nicht erfüllt: Der Dialog zwischen akademischen Disziplinen und über die Sprachgrenzen hinweg ist trotz der vielfältigen Möglichkeiten von merkwürdig erscheinenden Brüchen gekennzeichnet. Es mangelt nicht nur an „einer dichten intellektuellen Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration“ (Weidenfeld 1985 a:27), sondern auch – trotz jahrelanger Erfahrungen und Versuche – an einem kontinuierlichen und umfassenden Austausch zwischen Wissenschaftlern verschiedener Mitgliedstaaten. Die Literaturlisten und Fußnoten vieler Veröffentlichungen verweisen auf nationale Zitatkartelle, die jedoch zuungunsten deutscher, italienischer und niederländischer Veröffentlichungen wirken. Auch anerkannte Leistungen – etwa in den Bereichen Europarecht und Politikwissenschaften – aus diesen Staaten werden nicht zur Kenntnis genommen, primär vielleicht wegen mangelnder Sprachkenntnisse, aber auch aufgrund unterschiedlicher Arbeitsweisen und Denkfiguren (Wallace 1986: 34).

Werden auch in – gut aufbereiteten – ‚Nacherzählungen‘ der Integrationsgeschichte (Gerbet 1983; Jansen/De Vree 1985) Ergebnisse von Forschungsprojekten (wie die von Küsters/von der Groeben 1982) nicht reflektiert, so bleiben Konzeptionen und Leitbilder von spezifischen – häufig national geprägten – Erfahrungen und Analysen bestimmt.

Die Debatte um die Europäische Union: Gravierende Fragen – diffuse und kontroverse Antworten

Wesentlicher Katalysator und Orientierungspunkt der integrationspolitischen Debatten waren 1984 und 1985 die politischen Aktivitäten um den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union. Insbesondere der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union löste eine intensive Diskussion aus. Die Zahl der Artikel, Publikationen und Konferenzen ist eindrucksvoll¹³.

Aus den kontroversen und vielfältigen Diskussionen lassen sich einige zentrale Fragenkomplexe und eine – in Umrissen identifizierbare – Bandbreite von Antworten herausfiltern.

- Aufgeworfen wurden integrationspolitische Grundfragen nach Leitbild und Tragfähigkeit einer neuen EG-‚Verfassung‘.
- Im Detail umstritten waren insbesondere Fragen der Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene, weniger kontrovers wurden die Institutionen und Entscheidungsprozeduren diskutiert.

- Besondere Aufmerksamkeit fanden Umsetzungsprobleme des Vertrags einschließlich der damit aufgeworfenen Frage eines ‚Kerneuropa‘.
- In der Bundesrepublik wurden zudem verfassungs- und deutschlandpolitische Bedenken artikuliert.

Ein Ausgangspunkt der Arbeiten betraf die Tragfähigkeit einer europäischen Verfassung, als welche der Vertragsentwurf allgemein interpretiert wurde (Everling 1984: 12; Schwarze 1985: 45). Wenn die Voraussetzungen für eine europäische Verfassung in der Aufgabenerfüllung durch eine europäische Leistung (Simson 1985: 94), in der Überschaubarkeit der Herrschaftsausübung (Simson 1985: 95) und in dem „Gefühl einer Zusammengehörigkeit“ (Simson 1985: 97) gesehen werden, wenn eine Verfassung somit „Ausdruck eines permanenten Einverständnisses“ (Simson 1985: 93) sein muß, so stellt sich die Frage, ob „überhaupt jenes Maß an notwendigem Gemeinschaftsgefühl entstehen kann, das Voraussetzung für eine lebendige Verfassung und damit auch für ein funktionsfähiges Parlament ist“ (Kohler-Koch 1985: 82). Anders formuliert: Gibt es einen „europäischen Bürgersinn“ (Everling 1984)?

Die in diesen und weiteren Beiträgen aufgeworfenen Probleme über die politischen Voraussetzungen für spezifische Rechtsformen sind von der Erkenntnis geleitet, daß Verfassungssysteme von den Bürger auch „getragen“ werden müssen (Schneider 1984); aber die aus diesen Fragen notwendigerweise hervorzu- gehenden Folgeuntersuchungen, wie ‚Legitimität‘ eines politischen Systems erfaßt und gemessen wird, werden kaum angegangen oder unbefriedigend mit Rückgriff auf persönliche Erfahrungen gelöst.

Eng verwoben mit der Skepsis, ob Verfassungsstrukturen klassischer Art überhaupt zum Tragen kommen können, ist die Kritik am Verfassungsleitbild des EP. Stellt der Vertragsentwurf nicht sowohl eine Verstärkung der „herrschaftlichen Beugemöglichkeiten gegen abweichende Staaten“ (Zellentin 1984: 47) als auch – noch grundsätzlicher – ein Festhalten an einem – angesichts der neuartigen Probleme der Informations- und Biogesellschaft unzureichenden – Repräsentationssystem des 19. Jahrhunderts dar (Zellentin 1985: 100)?

Zur Diskussion gestellt wird damit das verfassungspolitische Leitbild einer Europäischen Union, eine Grundfrage, die in den Debatten um die Europäische Union häufig hinter verfassungsrechtlichen und -technischen Fragen zurücktrat.

Zum vorgesehenen Kompetenzumfang des Unionsvertrages fand eine Kontroverse zwischen einer Charakterisierung der entsprechenden Vertragsartikel als „potentielle Allzuständigkeit“ (Everling 1984: 13) mit zentralistischen Tendenzen (Wessels 1984; Grabitz 1985; Pinder 1985) einerseits und einer Beurteilung als begrüßenswerte Klarstellung der – bereits in den Artikeln 100 und 235 des EWG-Vertrages angelegten – Möglichkeiten eines Kompetenztransfers (Ehlermann 1985 a; Ehlermann 1985 b; Hilf 1985; Nickel 1985) andererseits statt.

Der teilweise kursorische Verweis auf das diese Probleme überwindende Subsidiaritätsprinzip im Art. 12 des Vertragsentwurfs wurde als wegen der Unschärfe dieser Formel nicht ausreichend zum Schutze föderalistischer Struktu-

ren (Pinder 1985 a) und als nicht justiziabel (Grabitz 1985) eingestuft. Der Vertragsentwurf „leidet an Unklarheit über die Trennlinien in der Kompetenzverteilung (Constantinesco 1985: 54; ebenso Blumenwitz 1985 u.a.).

Weniger intensiv und kontrovers wurde überraschenderweise das im Entwurf vorgesehene Entscheidungssystem diskutiert. Die Verfahren würden „Effizienz und Transparenz der europäischen Integration wesentlich erhöhen“ (Weidenfeld 1985 b: 15). Bedauert wurde jedoch auch, daß das vorgeschlagene institutionelle System eher eine „Reparatur“ als eine funktional überdachte Erfindung darstelle, insbesondere das Verhältnis von Verfahren und Kompetenzen sei nicht ausreichend überdacht worden (Bieber 1985: 36). Nur am Rande wurden die Voraussetzungen, die ein derartiges duales Modell für die Parteienlandschaft und die Machtverteilung in der Gemeinschaft implizieren würden, erwähnt (Wessels 1984).

Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat wurden in der Regel als notwendig und sinnvoll verstanden, um den EG-Entscheidungsprozeß zu deblockieren und somit effizienter zu gestalten. Die auch im EP-Vertragsentwurf vorgesehene Möglichkeit nationaler Vetos (Artikel 23, Absatz 3 des Vertragsentwurfes) wurde als effizienzmindere, aber vielleicht notwendige Ausnahmeklausel betrachtet (Weidenfeld 1985 b). Gegen diese dominierende Sicht wurde eingewandt, daß die Stabilität der EG-Konstruktion keine Majorisierung verträgt (Kohlhase 1985; Puchala 1985).

Besondere Aufmerksamkeit fand die in Artikel 82 vorgesehene Möglichkeit eines Inkrafttretens des Vertrages ohne Zustimmung aller EG-Mitgliedstaaten. Für diesen (Not-)Einstieg in ein neues Kerneuropa wurde angeführt, daß er „den politischen Realitäten Rechnung trägt und verhindert, daß jeder Mitgliedstaat auf den anderen warten muß“ (Ehlermann 1985 a: 28). Dagegen bezeichnen einige Autoren dieses Tor als gefährliche Illusion: Entweder ratifizieren alle oder die vorangehenden Mitgliedstaaten begehen Vertragsbruch (Everling 1984; Hilf 1985; Grabitz 1985). Als Lösung dieses Dilemmas zwischen möglicher politischer Opportunität und rechtlichen Schranken wird ein „heroischer revolutionärer Akt“ vorgeschlagen (Weiler/Modrall 1985). In bezug auf das Gemeinschaftsrecht gilt ein derartiger Akt zwar als „illegal“, er ist jedoch – wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden – zu rechtfertigen. Im Konfliktfall wird sogar einer qualifizierten Mehrheit ein entsprechender Schritt nach völkerrechtlichen und europarechtlichen Gesichtspunkten als vertretbar bescheinigt (Schwarze 1985 b: 31).

Gegen die im EP-Entwurf vorgesehenen Vorschriften zur Wirtschafts- und Währungspolitik wandte sich das währungspolitische Establishment der Bundesrepublik. Der europapolitische Kernsatz – gleichzeitig Defensive und Offensive – lautete: „Zuerst muß das politische Europa geschaffen werden, bevor eine europäische Währung möglich wird“ (Schlesinger 1985: 89). Heftige Kritik wegen Tendenzen zur Auszehrung nationaler Finanzautonomie fand insbesondere in der Bundesrepublik die im Vertragsentwurf vorgesehene Finanzverfas-

sung (Blumenwitz 1985: 72; Grabitz 1985: 14). Ein verstärktes Nachfragen ist auch zur Legitimität des EP feststellbar, insbesondere im Hinblick auf die Gewichtung der Stimmen. Für eine Rolle des EP als ‚vollwertiges‘ Parlament ist demnach die Aufnahme des Grundsatzes der gleichen Wahl unverzichtbar (Grabitz 1985; Kohler-Koch 1985).

Diskutiert wurden in der Bundesrepublik die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer Ratifizierung des EP-Vertragsentwurfes¹⁴. Umstritten war dabei die Frage, ob Artikel 24, Absatz 1 für einen derart gravierenden Schritt ausreicht. Nachhaltigen Bejahungen (Grabitz 1985; Hilf 1985; Schwarze 1985 b) steht eine eindeutige Ablehnung (Murswiek 1985) gegenüber. Vorgeschlagen wird ein Klarstellungsgesetz mit verfassungsändernder Mehrheit, die den Vertrag verfassungsrechtlich außer Streit stellen könnte (Blumenwitz 1985: 42). Zwei spezifisch deutsche Probleme waren kontrovers: die Offenhaltung der ‚deutschen Frage‘ und die ‚bundesstaatliche Ordnung‘. Verfassungsrechtlich bewerteten einige Autoren den EP-Entwurf als vereinbar mit dem ‚Wiedervereinigungsgebot‘ (Grabitz 1985), andere forderten eine „neue vertraglich vereinbarte Klausel oder auf die Europäische Union bezogene und von den Vertragsparteien akzeptierte Erklärung zur deutschen Frage“ (Klein 1985; ähnlich Murswiek 1985) als notwendige Voraussetzung für eine Vereinbarkeit des Entwurfs mit den Anforderungen des Grundgesetzes. Die Wechselbeziehungen zwischen der Aufrechterhaltung der deutschen Frage einerseits und verstärkten Bemühungen um westeuropäische Integration andererseits wurden auch außerhalb der Vertragsdebatte diskutiert. Postuliert eine These eine Zielkonkurrenz – je stärker die Westintegration, um so geringer werden die Möglichkeiten der Wiedervereinigung sein – die angesichts des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes der Westintegration deutliche Grenzen setzt (Bender 1985; Klein 1985), so sieht die alternative These beide komplementär: Erst durch die Europäische Gemeinschaft und eine durch sie getragene gesamteuropäische Konstruktion ist eine Wiedervereinigung erreichbar (Schulz 1984).

Auch zur Vereinbarkeit mit der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland setzten Autoren Fragezeichen: Die Eigenständigkeit der Länder angesichts der erheblichen Ausweitung der vorgeschlagenen Gesetzgebungskompetenzen der Europäischen Union galt als nicht genügend gesichert; die Länder sollten stattdessen eine gesteigerte Mitwirkung bei der europapolitischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland erhalten (Blumenwitz 1985; ähnlich Grabitz 1985).

Europäische Union und die sicherheitspolitische Debatte

Merkwürdig schwach ausgeprägt blieb die Diskussion um einige Kernbereiche der Europäischen Union. So gingen von der sicherheitspolitischen Debatte, die in Westeuropa in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erhebliche politische und wissenschaftliche Intensität gewonnen hatte, nur wenig Anstöße auf die integrationspolitische Auseinandersetzung aus. Den „unauflöslchen Zusammen-

hang: Sicherheit und Integration“ thematisierte insbesondere Kaiser, der die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für eine europäische Friedensordnung unterstrich (Kaiser 1985: 174) und die Ansatzmöglichkeiten westeuropäischer Sicherheitspolitik in den Konfliktfeldern internationaler Politik untersuchte. Die Analyse unterstreicht Dettke (1985: 415): „(Die Europäische Gemeinschaft) wird entweder zerfallen oder eines nicht allzu fernen Tages auch Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssen.“ Rován (1985: 232) spitzt diese Analyse zu: „Die nationale Unabhängigkeit muß (mittels eines europäischen Bundesstaates) in einer europäischen Unabhängigkeit ‚aufgehoben‘ werden, oder sie entfremdet sich in die Unterordnung unter die amerikanischen Alliierten oder in die Unterwerfung unter den sowjet-kommunistischen Gegner.“ Diese These blieb nicht unwidersprochen: „Die Europäisierung der Verteidigung (bleibt) gänzlich im Droh- und Abschreckungsdenken verhaftet . . . die EG würde durch die Einbeziehung der Sicherheit zu einem Unsicherheitsfaktor in der Welt, wenn sie ihre Stärken und ihre Attraktion aufgäbe, die gerade im Primat des Zivilen liegt.“ (Zellentin 1985: 59)

Auch die Versuche zur Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) hatten nur einen begrenzten Auslöseeffekt für eine verstärkte wissenschaftliche Debatte (Tsakaloyannis 1985).

Europäische Identität und die politische Kultur Europas: Mehr als Modebegriffe?

Gespeist wurde die Grundsatzdebatte über die zentralen Elemente und Voraussetzungen europäischer Zukunftsgestaltung – neben der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Projekten zur Europäischen Union – auch durch Arbeiten über die „Identität Europas“. Mit dieser Formel wurde eine Vielzahl bekannter Denkfiguren im Hinblick auf neue Problemstellungen variiert und ergänzt. Unter Berufung auf ein spezifisches „Herkunftsbewußtsein“ (Weidenfeld 1985 a: 16) wird die gemeinsame Identität Europas auf „jenen Teil unseres Kontinents (bezogen), dessen Christentum nicht dauerhaft von Byzanz geprägt wurde und in dem sich antikes Erbe und christliche Neugestaltung . . . mit den Beiträgen der germanischen und keltischen Barbaren des Nordens schöpferisch vermischten“ (Löwenthal 1985: 43). Wirkt diese „geschichtliche Gemeinsamkeit“ weiter, dann bietet den Deutschen nur Europa, nicht Westeuropa . . . eine Zukunft“ (Bender 1985: 235). Jedoch wird eine einfache Verknüpfung von Herkunftsbewußtsein und politischem System in Frage gestellt: „Die Erkenntnis einer europäischen Kulturgemeinschaft kann eher zur Selbstverständlichkeit werden als zum Beweggrund politischer Konstruktionen. Die haben andere Ursachen und entsprechen anderen Bedürfnissen.“ (Bondy 1985: 68)

Zu dieser Debatte gehört ebenfalls der unterschiedlich definierte Begriff „politische Kultur“. Als größtes Versäumnis in der Selbstdarstellung der Gemeinschaft gilt dabei das Unvermögen, „das Wesentliche dieser Konstruktion als einen Gegenstand der politischen Kultur darzustellen und nicht als einen Sonderfall der Wachstums- und Außenhandelstheorie oder als Traktandum der

Institutionenlehre“ (Kohlhase 1985: 268). „Politische Kultur“ wird nicht nur als Kategorie positiv bewerteten Verhaltens, sondern auch als Vergleichsmaßstab „politischer Orientierungs- und Verhaltensmuster“ (Reichel 1984) verstanden. Ausgangspunkt war: „Die Formel ‚Vom alten zum neuen Europa‘ ist mehr Programm, Hoffnung und Verheißung . . . Die Frage ‚Vom alten zum neuen Europa – und wieder zurück?‘ ist Ausdruck skeptisch-realistischer Ungewißheit.“ (Reichel 1984: 17)

Die Frage: „Was blieb von der Europa-Euphorie – zur politischen Kultur der Europäischen Gemeinschaft“ wird mit Hilfe des von der EG-Kommission in Auftrag gegebenen Euro-Barometers untersucht. Demnach ist die Europa-Euphorie „längst verblaßt“ (Reichel 1984: 303); die Mehrheit der Bürger der Gemeinschaft macht aus ihrer „primär nationalstaatlichen Orientierung“ keinen Hehl (Reichel 1984: 304). Das Interesse für die Europäische Gemeinschaft ist im Vergleich zu anderen „großen Anliegen der EG-Bürger“ gering (Reichel 1984: 312). Bestätigen diese empirisch gestützten Ergebnisse die Thesen vom Fehlen „irrationaler Substanz“ (Simson 1985: 108) und des „Gemeinschaftsgefühls“ (Kohler-Koch 1985: 86)? Sind damit die von Weidenfeld (1985) und Löwenthal (1985) herausgearbeiteten Gemeinsamkeiten in der Identität Europas für die Integrationspolitik ohne Belang?

An derartige Schlußfolgerungen sind zwei Fragezeichen zu setzen, eines zur Interpretation des empirischen Befunds und eines zur theoretischen Einordnung. Aus denselben Euro-Barometer-Umfragen sowie ergänzenden Erhebungen in der Bundesrepublik liegen Ergebnisse vor, nach denen die große Mehrheit der EG-Bürger „prinzipiell“ dieses Vereinte Europa will (Noelle-Neumann/Herdegen 1984: 316) und der Europäischen Gemeinschaft auch eine erhebliche Rolle bei der Lösung spezifischer relevanter Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben – Entwicklungspolitik, Umweltschutz und Arbeitslosigkeit – zusprechen (Euro-Barometer Nr. 22, Dez. 1984: 35). Problematischer als die möglicherweise unterschiedliche Gewichtung und Auswertung von einzelnen Umfragen ist das Verständnis der EG als ‚politisches System‘, auf das hin man die Einstellungen der Bürger untersucht¹⁶. So wird bei Simson und Reichel die Annahme eines Nullsummenspiels zwischen nationaler und europäischer Ebene deutlich. Jedoch ist ein erheblicher „Nationalstolz“ (Reichel 1985) mit einem Stolz, Europäer zu sein, vereinbar (Noelle-Neumann/Herdegen 1985: 313f.). Angesichts erheblicher Widersprüche in der öffentlichen Meinung – etwa zwischen dem Wunsch, die Europäische Einigung voranzutreiben, aber nationale Kompetenzen zu bewahren – wird konstatiert: „Was soll man anderes erwarten, wenn in einem historischen Prozeß von solcher Dimension, wie sie die Europäische Einigung darstellt, Denkschemata und politische Orientierungen ersetzt werden sollen, die in Jahrhunderten europäischer Entwicklung aufgebaut worden sind?“ (Noelle-Neumann/Herdegen 1985: 318)

Man kann aber in einem weiteren Analyseschritt versuchen, die vermeintlichen Widersprüche als systembedingt zu erklären: Folgt man Analysen, die die

enge „Politikverflechtung zwischen nationalen und europäischen Strukturen“ als konstitutiv für das EG-System verstehen (Grabitz/Schmuck 1985; Scharpf 1985; Wessels 1985), dann sind derartige Parallelitäten und Gleichzeitigkeiten typisch für einen Fall überlappender politischer Systeme mit „Rückkoppelungs- und Verbundmechanismen“ (Schneider 1984: 9).

Die abgestufte Integration – die Antwort auf die EG-Vielfalt?

Neben der – im Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments vorgesehenen – Möglichkeit eines neuen, rechtlich und politisch eigenständigen Kerneuropas gewann die bereits Mitte der siebziger Jahre von Willy Brandt und Leo Tindemans initiierte Überlegung um Formen abgestufter Integration an Gewicht (vgl. Scharrer 1985: 6ff.); sie fand sowohl im Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments (Art. 35) als auch in der Einheitlichen Europäischen Akte (z.B. Art. 8 c des EWG-Vertrages) ihren Niederschlag. Als bisher einzige Studie, die allgemeine Prinzipien und empirische Detailuntersuchungen verknüpft, können die von Grabitz herausgegebenen Ergebnisse eines Forschungsteams am Institut für Integrationsforschung der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg (Grabitz 1984) richtungweisend wirken. Abgestufte Integration ist nach diesen Arbeiten rechtlich insbesondere bei neuen Politikfeldern möglich und erhöht in ansonsten ausgeweglosen Situationen von Entscheidungsblockaden den Wahl- und Handlungsspielraum der EG-Organe. Die Alternative lautet dann nicht „vollständige Integration also durch alle jetzt oder Abstufung durch nicht alle“, sondern entweder „... Verzicht auf jedwede Integration heute ... oder aber heute Ermöglichen von gemeinsamen Maßnahmen für einen Teil der Staaten bei gemeinsamer Zieldefinition heute“ (Weinstock 1985: 364f.). Diese Auffassung plädiert dafür, eine derartige Form unvollständiger, aber dynamischer Integration nicht nur als Betriebsunfälle, sondern unter Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten aktiv als eine mögliche Form gemeinsamer Politik zu nutzen.

Die Kritik an dieser – traditionelle Methoden ergänzenden – Integrationsstrategie setzt an verschiedenen Punkten an:

- Prinzipiell wurde das Konzept als Sprengsatz für die Gemeinschaft abgelehnt. Schon ein regelmäßiges Inbetrachtziehen dieses Konzepts führt zu „einem Abschied vom Grundkonzept der ganzen europäischen Konstruktion, wonach das Einzelinteresse, unausweichlich, in jedem Augenblick mit dem Interesse des Ganzen versöhnt werden muß. Von dieser Disziplin kann man niemanden entbinden, man wolle denn keine Gemeinschaft mehr, sondern eine Gruppenschaft nach freiem Ermessen und Gutdünken“ (Kohlhase 1985: 263).
- Konkrete Probleme – insbesondere die Auswirkungen auf den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozeß, auf das EG-Finanzsystem und auf die Einheitlichkeit des Auftretens nach außen (Ehlermann 1984: 1274) – werden nicht befriedigend gelöst – auch wenn die Anwendung nur für die Gebiete vorgesehen wird, die nicht dem juristischen Kernbereich der EG, der

- negativen Integration, angehören (Langeheine 1985: 102; Feenstra/Mortelmans 1985). Das Ausklammern oder Übergehen zentraler Fragen – etwa Differenzierung auch bei zentralen und finanzwirksamen Bereichen der Gemeinschaftspolitiken und konkrete Solidaritätsmaßnahmen für ‚zurückbleibende‘ Mitgliedstaaten – schwächen die Argumentation (Wallace 1986: 36).
- Selbst bei einer – wenn vielleicht auch begrenzten – Existenz und notgedrungenen Akzeptanz von Maßnahmen, die den besonderen Bedürfnissen von einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung tragen (vgl. Ehlermann 1984), wird keine Einheitsformel für die Abstufung, sondern werden Einzellösungen je nach Problemlage für empfehlenswerter gehalten (Jacqué 1986: 28).
 - Wenn auch die Anwendbarkeit unter bestimmten Vorzeichen erwiesen sein mag, so scheint die tatsächliche Brauchbarkeit des Konzepts begrenzt zu sein, wie Fallstudien, insbesondere zur Handelspolitik (Koopmann 1985: 192), zur Steuerharmonisierung (Franzmeyer 1985 a: 222), zur Energiepolitik (Franzmeyer 1985 b: 295), aber auch Überlegungen zur allgemeinen Nutzung des Konzepts als Integrationsstrategie (Wessels 1985: 68ff.) zeigen.
- Das Konzept abgestufter Integration ist so sicherlich zu enttabuisieren – ob es jedoch einen wesentlichen Beitrag zur Lösung von EG-Problemen anbietet, ist nach diesen Arbeiten vielleicht fraglicher als zuvor¹⁶.

Variationen traditioneller Themen

Die Diskussionen über die Formen und Strategien der Integrationspolitik sind vor dem Hintergrund einer erneut intensiver werdenden politischen und wissenschaftlichen Debatte über Nutzen und Kosten westeuropäischer Integration zu sehen.

Hrbek/Wessels (1984) analysieren die EG als für viele Felder bundesdeutscher Politik sinnvolle Problemlösungsebene, da sie gemeinschaftsintern zur besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen beitragen und international als „Koalition gleichgerichteter Staaten“ wirken kann. Bedeutsam ist die EG als fester Handlungsrahmen, dessen Stabilität die Problemlösungsfähigkeit der Bundesrepublik verstärkt. Dieser Versuch, sowohl über allgemeine integrationsbejahende Stereotype als auch über sektorielle Bedenken hinauszukommen, muß aber noch im Hinblick auf Bedingungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten des Nutzenpotentials der EG für die Bundesrepublik vertieft werden (Puhl 1985:184). Die einzelnen Sektoranalysen des Sammelbandes von Hrbek/Wessels sowie May (1985) eröffnen Einstiege zur weiteren Debatte, sie lassen aber auch die methodischen Schwierigkeiten eines ausreichend abgesicherten Ansatzes zutage treten.

Die Debatte um die Europäische Union hat auch die Behandlung anderer traditioneller Untersuchungsfelder der Gemeinschaft nicht unterbrochen. Kritische Analysen zu EG-Sektorpolitiken, z.B. Agrarpolitik (Priebe 1984), erschienen ebenso wie Arbeiten zu bisher nicht ausreichend behandelten Aspekten der EG-Institutionen und -Verfahren – wie z.B. zur EG-Präsidentschaft

(O'Nuallain 1985; Vornbäumen 1985) und zur EG-Bürokratie (Jamar/Wessels 1985)¹⁷.

Bei der Behandlung der EG-Institutionen sind vermehrt Arbeiten zum Europäischen Parlament zu vermelden. Eine ‚verfassungsrechtliche‘ Darstellung (Jacqué/Bieber/Constantinesco/Nickel 1984) liefert eine nützliche und hilfreiche Übersicht sowohl über die Wahlmodalitäten und das Statut der europäischen Abgeordneten als auch über die interne Organisation und die Rechte des Parlaments. Zur Entwicklung des EP in seiner ersten Wahlperiode 1979–1984 erstellte eine europäische Autorenschaft einen umfangreichen Sammelband (Hrbek/Jamar/Wessels 1984). Veränderungen des EP nach der ersten Direktwahl werden im institutionellen Bereich, in der internen Organisation des Parlaments, beim Einfluß auf die Gemeinschaftspolitiken, im Verhältnis zu seinem politischen Umfeld und im Haushaltsbereich erarbeitet. Die Ergebnisse verweisen sowohl auf eine Konsolidierung der institutionellen Rolle des EP, jedoch ohne wesentliche Positionsverbesserung, als auch auf interne Schwierigkeiten, die manche Probleme – z.B. Minderheitenschutz – relativ gut gelöst, aber noch nicht optimale Verfahren für eine kraftvolle Rolle im EG-System entwickelt hat. Zwar hat das EP durch seine Haushaltsrechte einen beträchtlichen Einfluß auf eine Reihe von EG-Politiken ausüben können, aber der ‚Überschwappeneffekt‘ dieser Politik auf Wähler, Parteien und Interessengruppen blieb schwach, nicht zuletzt wegen eines Wiedererstarkens des Nationalstaats (Kohler-Koch 1984: 445).

Zu einer gemischten ‚Funktionsbilanz‘ kommen auch weitere Arbeiten zum EP (Bourguignon-Wittke/Grabitz/Schmuck/Steppat/Wessels 1985). Unter dem Gesichtspunkt der Politikgestaltung hat das EP seine Initiativ- und Kontrollfunktion wesentlich intensiviert, während seine Fähigkeit zur (Mit-)Entscheidung im EG-System vom Rat weitgehend auf dem Stand der siebziger Jahre konserviert wurde; bei der Gestaltung des EG-Systems hat das EP zur Ausdehnung der Aufgabenwahrnehmung der EG beigetragen, scheiterte aber weitgehend bei der Veränderung der Entscheidungsstrukturen. Defizite werden insbesondere bei der ‚Interaktionsfunktion‘ des EP festgestellt: Die Beziehungen der Abgeordneten zum Wähler und zur politischen Infrastruktur blieben wenig ausgeprägt. Bewertet werden die vielfältigen Facetten einer EP-Bilanz unterschiedlich: Wird in einem Forschungsprojekt mit niederländischen Abgeordneten (van Schendelen 1984: 415ff.) das „Geheimnis des Europäischen Parlaments“ im „Einfluß auch ohne Kompetenzen“ gesehen, charakterisieren die Schlußfolgerungen eines anderen Projekts (Bourguignon-Wittke/Grabitz/Schmuck/Steppat/Wessels 1985) das „EP in einem Teufelskreis der Machtlosigkeit“.

Wahlforscher steuerten aufgrund eines europaweiten Forschungsprojektes die empirisch sorgfältig nachgewiesene Erkenntnis bei, daß die Wahl zum Europäischen Parlament – wie Landtagswahlen – nationale „Nebenwahlen“ sind (Reif 1984: 341; Reif 1985), die durch mehrere Merkmale geprägt sind: Die Thematik des Wahlkampfes wird von der Parteienkonkurrenz in der Hauptare-

na, d.h. dem Mitgliedstaat und nicht der EG, geprägt, die Wahlbeteiligung ist niedriger und es wird taktisch häufig anders als bei nationalen Parlamentswahlen gewählt – mit besseren Chancen für kleinere und neue Parteien; die Ergebnisse schließlich entsprechen dem typischen Muster der Zustimmungskurve für die Regierung und die sie tragenden Parteien im Verlauf des nationalen „Hauptwahlzyklus“. Ein wesentliches Ergebnis: „Die Direktwahl zum Europäischen Parlament (läuft) ohne dessen Stärkung die Gefahr, zu einer Wahl ‚dritter Klasse‘ zu verkommen: Kaum mehr als eine institutionalisierte Meinungsumfrage ohne europäische Auswirkungen.“¹⁸ (Reif 1984: 352)

Die Gemeinschaft in der Geschichtsschreibung – Der Beginn einer revisionistischen Debatte?

Die seit einigen Jahren eingesetzte Beschäftigung mit der Geschichte der Integration und der Europäischen Gemeinschaft wurde auch 1984/85 fortgesetzt¹⁹. Gerbet (1983) hatte ein Vorbild für eine umfassende, aber auch noch überschaubare Darstellung gesetzt. Seine ‚Nach‘erzählung sowohl der wichtigsten historischen Grundlagen als auch der Etappen der Integrationsgeschichte führte ihn zum Ergebnis „inachevée et encore mal consolidée, la construction de l'Europe est une ‚création continue‘ qui ne peut subsister qu'en progressant“ (Gerbet 1983: 464). In einem ähnlich breiten Ansatz haben Jansen/De Vree (1985) die Geschichte der Gemeinschaft vorgestellt. Ihre These ist radikaler als Gerbets: „Neither the principles or mechanisms governing West European politics, nor, for all intents and purposes, the basic aims of the nations or governments involved have really changed at all“ (Jansen/De Vree 1985: I).

Europapolitik ist demnach die Fortsetzung einer nationalstaatlichen Machtpolitik in einer bestimmten Unsicherheitslage mit anderen Mitteln. Die Lehren der beiden Autoren für die Zukunft stellen zentrale Annahmen wichtiger Integrationsstrategien in Frage: Trotz starker Anreize zu mehr Integration wollen die westeuropäischen Staaten nicht länger in den Integrationsprozeß investieren, da sie die Konsequenzen für ihre politische und wirtschaftliche Position nicht überblicken. „They refuse to leap into the dark“ (Jansen/De Vree 1985: 372). Zentrale Voraussetzungen für die Reduzierung der Unsicherheit wäre die Bereitschaft, sich einer starken Führungskraft oder Hegemonie unterzuordnen. „It is uncertainty about the future course of integration and the absence of a leading coalition that keeps the European states from taking major steps leading to more integration“ (Jansen/De Vree 1985: 379).

Die historische Einordnung des Integrationswerkes in die Geschichte Westeuropas wird auch mit einer ebenso bedenkenswerten These Milwards (1984) thematisiert. Aufgrund seiner umfassenden Archivstudien zur Wirtschaftsgeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit, deren Ergebnisse er – vielleicht teilweise zu stark – in die Gegenwart extrapoliert, erarbeitet er eine interessen geleitete Entstehungsgeschichte der Gemeinschaft: „The very limited degree of integration . . . came about by the pursuit of the narrow self-interest of

what were still powerful nations“ (Milward 1984: 492). Keine Zwangsläufigkeit des Integrationsprozesses sieht er in der Geschichte Europas angelegt: „The process of integration is neither a thread woven into the fabric of Europe's political destiny nor one woven into the destiny of all highly developed capitalist nation states“ (Milward 1984: 493). Nachdrücklich formuliert er eine alternative Sicht denjenigen gegenüber, die den Integrationsprozeß als „essentially a victory of higher ideals . . . and as progression towards political virtue“ (Milward 1984: 493) sehen. Damit richtet er sich besonders gegen Walter Lipgens, dessen höchst verdienstvolle Dokumentation zur Nachkriegszeit post mortem 1985 und 1986 erschienen (Lipgens 1985, 1986).

Aus Arbeiten von Gerbet, Jansen/De Vree, Janz (1985) sind erstaunliche Übereinstimmungen zu den untersuchten Ereignissen und Initiativen der Gemeinschaftsgeschichte abzulesen, d.h. die Westeuropäer identifizieren bereits einen beträchtlichen Fundus an gemeinsamen Versuchen, Fehlschlägen und Fortschritten als Gemeinschaftserfahrungen im Sinne Weidenfelds (Weidenfeld 1985 a). Die Interpretation dieser Fakten hat jedoch erst begonnen: Wir scheinen uns in einer vielleicht noch nicht voll entbrannten „revisionistischen“ Debatte um die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Gemeinschaft²⁰ zu befinden, deren Ergebnisse für integrationstheoretische Theorien und Strategien von erheblicher Bedeutung sein können.

Die meisten Darstellungen behandeln die Integrationsgeschichte auch weiterhin seltsam losgelöst von den historischen und zeitgenössischen Entwicklungen West- und Gesamteuropas. Die Konzentration auf europäische Initiativen, Projekte und Berichte verstellt häufig die Sicht darauf, daß die betroffenen westeuropäischen Staaten in den drei Nachkriegsjahrzehnten einem erheblichen Wandel unterworfen waren. Integrationshistorische Erfahrungen werden leicht zu sich verfestigenden Mythen und damit zu politischen Doktrinen, wenn sie nicht auf ihre Gültigkeit bei veränderten Rahmenbedingungen überprüft werden (Wessels 1985).

Theorien der Integration – Paradigmenwechsel hinter der Szene?

Aus der Debatte um die Europäische Union und die historischen Analysen läßt sich ein erheblicher Bedarf an Arbeiten zur systematischen Erklärung von Integrationsentwicklungen erkennen. Wenn mehrfach die Kategorie „politischer Wille“ als notwendige Voraussetzung für weitere Integrationsschritte bemüht (Schwarze 1984: 46) – ja fast beschworen – wird, oder wenn das „Gefühl einer gemeinsamen Zugehörigkeit“ als Voraussetzung einer europäischen Verfassung gesehen wird (von Simson 1985: 97), ohne daß diese Kategorien und Faktoren näher analysiert und mit empirischen Arbeiten verknüpft werden, so ist eine Diskussion über die ‚Theorie der Integration‘ gefordert.

Angesichts derartiger Desiderata wirkt die geringe und häufig sterile Beschäftigung mit Theorien überraschend. Beiträge zur Integrationstheorie (z.B. Frey 1985) pflegen gebetsmühlenartig die frühen Integrationsansätze der fünf-

ziger und sechziger Jahre – insbesondere die föderalistische und neofunktionalistische Schule – zu wiederholen und deren Aussageschwäche erneut zu ‚beweisen‘ (Milward 1984). Zunehmend wird dabei nun noch die zusammenfassende Sekundärliteratur weiter gekürzt, so daß summarische Darstellungen den früheren Theorien immer weniger gerecht werden und auch vielleicht weiterhin erklärungssträchtige Elemente und Kategorien²¹ zuschütten.

Als richtungweisend kann sich vielleicht der in mehreren Werken zu beobachtende Paradigmenwechsel erweisen. Die westeuropäische Einigung wird darin nicht als ein Integrationsprozeß *sui generis* verstanden, der auf die Entstehung eines staatsähnlichen Gebildes angelegt ist, sondern als eine, wenn auch möglicherweise spezifische Form internationaler Zusammenarbeit westlicher Wohlfahrtsstaaten (Puchala 1984: 144). Puchala sucht von den Erfahrungen der Europäischen Integration mehr über das allgemeine Verhältnis zwischen „domestic politics and international cooperation“ (Puchala 1984: 13) zu lernen. Sein Ergebnis: „Domestic political concerns take precedence over international consensus.“ (Puchala 1984: 146)

Ein anderer Ansatz versteht die Gemeinschaft als „Verflechtungs“-System verschiedener staatlicher Elemente (Grabitz/Schmuck/Steppat/Wessels 1985). Auch Scharpf hat seine aus dem kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik gewonnenen Erkenntnisse auf die Europäische Gemeinschaft übertragen, wobei er eine „Entscheidungsfalle“ identifiziert (Scharpf 1985). Dieses Verflechtungssystem sogar als europäische Variante eines kooperativen Föderalismus zu erfassen (Wessels 1985), ist umstritten. Die Diskussion um neuere theoretische Arbeiten wird im Jahrbuch 1986 vertieft dargestellt werden.

Im Berichtszeitraum war – zumindest aus deutschsprachiger Feder – keine Arbeit zu verzeichnen, die – wie die Publikationen von Hallstein (1978) und Dahrendorf (1973) in den siebziger Jahren – versuchen, eine analytische und programmatische Gesamtschau der Integration vorzulegen. Am nächsten kommen diesem Vorgehen noch Berg (1985), Albert (1985) und ein in „gesprochener Sprache“²² gehaltenes Spätwerk von Brugmans (1985), einem Pionier der christlich fundierten, föderalistischen Integrationsprogrammatis. Brugmans Credo ist so einfach wie faszinierend: „Die einzige Antwort auf die Komplexitäten und Notwendigkeiten unserer Zeit gibt der Föderalismus“ (Brugmans 1985: 36). Sein Plädoyer für einen Föderalismus als Zusammenführung von „Autonomie an der Basis, Solidarität an der Spitze“ (Brugmans 1985: 60), der auch ein gemeinsames Verteidigungssystem einschließt, „um der Welt Frieden erklären zu können“ (Brugmans 1985: 186), und für einen „Sprung ins Ungeheure“, der sich aus Bequemlichkeit oder Resignation löst, mag für viele – gerade in der Bundesrepublik Deutschland – wie eine überholte Litanei anachronistischer Föderalismusträume klingen, für andere mag es an wissenschaftlicher Beweisführung fehlen, aber den Grundfragen, die Brugmans stellt, wird man – wie die politische und wissenschaftliche Diskussion belegt – nicht ausweichen können.

Anmerkungen

- 1 Aufgrund des besonderen Gegenstandes dieses Beitrages unterscheidet sich seine Zitierweise zugunsten einer in diesem Falle erhöhten Übersichtlichkeit von dem sonst im Jahrbuch angewendeten Verfahren. Neben den Anmerkungen, die wie üblich zusätzliche Informationen enthalten, werden die besprochenen Publikationen direkt an Ort und Stelle im Text in Klammern in Kurzform zitiert. Es handelt sich dabei um den Namen des Autors bzw. Herausgebers, das Erscheinungsjahr und die Seitenangabe des Bandes. Die ausführlichen Daten der angeführten Werke sind im Literaturverzeichnis am Ende des Beitrages verzeichnet.
- 2 Vgl. zum Begriff und zur Bedeutung von europapolitischen Leitbildern: Heinrich Schneider, *Leitbilder der Europapolitik*, Bonn 1977, S. 13–43.
- 3 Vgl. dazu z.B. die Bibliographie dieses Jahrbuches, die von Karl Kujath zusammengestellte Auswahlbibliographie in „Europäische Integration“, die Literaturübersichten in *Europarecht und Europa-Archiv*.
- 4 Vgl. die jährlich durch die Universität Leuven zusammengestellte (unvollständige) Liste von Forschungsprojekten, *Recherches Universitaires sur l'Intégration Européenne*, zusammengefaßt und kommentiert von Jacqueline Lastenouse und Giuseppe Ciavarini-Azzi als Bericht für den 13. Weltkongreß der Politikwissenschaften, Paris, Juli 1985; vgl. dazu auch Rudolf Hrbek, *Die EG auf internationalen Konferenzen*, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 2, S. 84–87.
- 5 Vgl. dazu die hilfreichen, ebenfalls nicht vollständigen Ankündigungen und Berichte in dem von der EG-Kommission herausgegebenen zweimonatigen *European University News Bulletin*. Vgl. auch die Tagungsberichte in: „Europäische Integration“, Mitteilungen des Arbeitskreises Europäische Integration und in der vom Institut für Europäische Politik herausgegebenen Zeitschrift „Integration“.
- 6 Eine sicherlich unvollständige Liste umfaßt: *Common Market Law Review*, *Europäische Integration*, *Europarecht*, *Integration*, *Journal of Common Market Studies*, *Journal of European Integration*, *L'Europe en Formation*, *Revue d'Integration Européenne*, *Revista de Instituciones Europeas*, *Revue du Marché Commun*.
- 7 In diese Liste können u.a. aufgenommen werden: Außenpolitik, Europa-Archiv, *Il Federalista*, *International Affairs*, *International Organization*, *Politique Etrangère*, *Politique Internationale*, *Revista de Estudios Internacionales*, *Revista de Estudios Politicos*, *The International Spectator*, Zeitschrift für Parlamentsfragen.
- 8 Eine nicht vollständige Liste umfaßt: *American Council for European Studies*, Columbia University, 1429 International Affairs Building, New York, N.Y. 10027, USA; Arbeitskreis Europäische Integration, Zitelmannstraße 22, D-5300 Bonn 1; *Commission pour l'Etude des Communautés Européennes (CEDECE)*, c/o *Fondation Nationale des Sciences Politiques*, 27, Rue Saint Guillaume, F-75341 Paris Cedex 07; *Danish Association for European Studies*, c/o *Institute for European Market Law*, Rosennørns Allé 9^{III}, DK-1970 København V; *Interdisciplinary Group for European Studies*, c/o *European Institute of Public Administration*, O.L. Vrouweplein 21, NL-6211 HE Maastricht; *Institut für Europäische Politik*, Bachstraße 32, D-5300 Bonn 1; *Institut für Integrationsforschung der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg*, Windmühlenweg 27, D-200 Hamburg 52; *Irish Association of European Studies*, Dublin, Ireland; *University Association for Contemporary European Studies (UACES)*, King's College London, Strand, GB-London WC2 R2LS
- 9 Zu erwähnen sind u.a.: *Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*, Adenauerallee 131, D-5300 Bonn 1; *Institut Français des Relations Internationales*, 6, rue Ferrus, F-75683 Paris Cedex 14; *Istituto Affari Internazionali*, Viale Mazzini, 88, I-00195 Rom; *Royal Institute of International Affairs*, Chatham House, 10, St. James's Square, GB-London SW1Y 4LE; *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Haus Eggenberg, D-8026 Ebenhausen/Isar.
- 10 Zu erwähnen sind u.a.: *Abteilung Europa-forschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33; *Abteilung Internationale und Europäische Währungsfragen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung*, Neuer

- Jungfernstieg 21, D-2000 Hamburg 36; entsprechende Ausschüsse für Finanzwissenschaft und Außenhandel des Vereins für Socialpolitik, Berlin.
- 11 Zu erwähnen sind u.a.: Centre for European Policy Studies, Rue Ducale, 33, B-1000 Brüssel; European Consortium for political Research, c/o Prof. Ian Budge, University of Essex, Wivenhoe Park, Colchester C 04 3 SQ; European Institute of Public Administration, O.L. Vrouweplein 21, NL-6211 HE Maastricht; Fédération Internationale du Droit Européen, wechselndes Sekretariat; Institut International des Finances Publiques, c/o Universität des Saarlandes, Im Stadtwald, 6650 Saarbrücken; Europäisches Hochschulinstitut, Badia Fiesolana, Via dei Roccettini, 9, I-50016 San Domenico di Fiesole; Trans European Policy Studies Association (TEPSA), 11, rue d'Egmont, B-1050 Brüssel.
 - 12 Z.B. European Economic Association, Société Universitaire Européenne de Recherches Financières.
 - 13 Vgl. Bibliographie in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Wege zur Europäischen Union – Vom Vertrag zur Verfassung?* Bonn 1986.
 - 14 Vgl. zu einer Gegenüberstellung der jeweiligen Verfassungen der Länderberichte bezüglich der rechtlichen und politischen Aspekte einer Umsetzung des EP-Vertragsentwurfs in: R. Bieber, J.-P. Jacqué u. J. Weiler, *An ever closer Union*, Brüssel 1985, S. 161ff.; vgl. auch Lord Bridge of Harwich, *Attempts towards a European Constitution in the Light of British Legal System*, in: J. Schwarze u. R. Bieber, *Eine Verfassung für Europa*, Baden-Baden 1984, S. 115–120; J.-P. Jacqué, *Les tentatives d'élaboration d'une Constitution européenne à la lumière du droit constitutionnel français*, in: Schwarze/Bieber, S. 129–146.
 - 15 Vgl. dazu weiterhin grundlegend Thomas A. Herz, *Europa in der öffentlichen Meinung*, Bonn 1978.
 - 16 Siehe ergänzend dazu die Sammelbesprechung von Michael Garthe, *Von der Kunst, die Herausforderung der Vielfalt zu organisieren*, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 3, S. 133–139.
 - 17 Die Bände von O'Nuallain, Vornbäumen und Jamar/Wessels sind besprochen bei Michael Garthe, *Von der Kunst . . .*, a.a.O. (Anm. 16).
 - 18 Siehe dazu ergänzend die Sammelbesprechung aktueller Literatur über das EP von Michael Garthe, *Kleine Schritte oder großer Sprung? Das EP im Zwiespalt der Strategien*, in: *Integration*, Bonn 1985, Nr. 2, S. 80–86.
 - 19 Siehe dazu auch die Besprechung von Neuerscheinungen zur Geschichte der Integration bei Michael Garthe, *Von der Kunst . . .*, a.a.O. (Anm. 16).
 - 20 Hans-Peter Schwarz (*Die Europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1983, Nr. 4, S. 566) sah darin problematische Tendenzen.
 - 21 Vgl. z.B. Leon N. Lindberg u. Stuart H. Scheingold (Hrsg.), *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge (Mass.) 1971.
 - 22 So das Vorwort des Übersetzers Karlheinz Koppe, in: Hendrik Brugmans, *Europa: Der Sprung ins Ungewisse*, Bonn 1985, S. 1.

Literaturverzeichnis

- Albert, Michel, *Herausforderung Europa – Die Europäische Gemeinschaft als Chance*, München: Piper 1985.
- Axt, Heinz-Jürgen u. Frank Deppe, *Europaparlament und EG-Erweiterung, Krise oder Fortschritt der Integration?* Köln: Heymann 1979.
- Bender, Peter, *Westeuropa oder Gesamteuropa?* In: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 235–254.
- Berg, Hermann von, *Die Analyse. Die Europäische Gemeinschaft – das Zukunftsmodell für Ost und West*, Köln: Bund-Verlag 1985.
- Bieber, Roland u.a. (Hrsg.), *An ever closer Union. A critical analysis of the Draft Treaty establishing the European Union*, Brüssel 1985.
- Bieber, Roland, *The institutions and the decision-making procedure in the Draft Treaty establishing the European Union*, in: Roland Bieber u.a., *An ever closer Union. A critical*

- analysis of the Draft Treaty establishing the European Union, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG 1985, S. 31–40.
- Blumenwitz, Dieter, Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss, Öffentliche Anhörung zum Thema „Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union“, 52. Sitzung, 2. Oktober 1985, Bonn, Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss – 712-2450 –, (stenographisches Protokoll, unkorrigiert und nichtautorisiert).
- Bondy, François, Selbstbesinnung, Selbstbestimmung: Kultur und Integration, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München: Hanser 1985, S. 66–79.
- Bourguignon-Witke, Roswitha u.a., Five Years of the Directly Elected European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies*, Oxford 1985, Band XXIV, Nr. 1, S. 39–59.
- Brugmans, Hendrik, Europa: Der Sprung ins Ungewisse, Bonn: Europa Union Verlag 1985.
- Capotorti, Francesco u.a., Le traité d'Union Européenne. Commentaire du projet adopté par le Parlement européen le 14 février 1984, Brüssel: Editions de l'Université de Bruxelles 1985.
- Commissariat Général du Plan, Quelle stratégie européenne pour la France dans les années 80? Préparation du IX^e Plan 1984–1988, Paris: La Documentation française 1983.
- Constantinesco, Vlad, Division of fields of competence between the Union and the Member States in the Draft Treaty establishing the European Union, in: Roland Bieber u.a., An ever closer Union. A critical analysis of the Draft Treaty establishing the European Union, Brüssel 1985, S. 41–55.
- Dahrendorf, Ralf, Plädoyer für eine Europäische Union, München/Zürich: Piper 1973.
- Ders., A Third Europe? Third Jean Monnet Lecture, Florenz, 26. November 1979, Florenz: European University Institute.
- Deppe, Frank (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek: Rowohlt 1975.
- Dettko, Dieter, Gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik. Mehr Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten? In: Rudolf Hrbek u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland? Bonn: Europa Union Verlag 1984, S. 413–442.
- Ehlermann, Claus-Dieter (1984 a), How flexible is Community law? An unusual approach to the concept of “two speed”, in: *Michigan Law Review*, Michigan 1984, Band 82, Seite 1274–93.
- Ders. (1984 b), Vergleich des Verfassungsprojekts des Europäischen Parlaments mit früheren Verfassungs- und Reformprojekten, in: Jürgen Schwarze u. Roland Bieber (Hrsg.), Eine Verfassung für Europa, Baden-Baden: Nomos 1984, S. 269–284.
- Ders., Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O. (siehe Blumenwitz).
- Everling, Ulrich, Zur Rechtsstruktur einer Europäischen Verfassung, in: *Integration*, Bonn 1984, Heft 1, S. 12–24.
- Feenstra, J. u. K.J.M. Mortelsmans, Gedifferentieerde integratie en Gemeenschapsrecht, ed.: Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid, V 48, Den Haag 1985.
- Franzmeyer, Fritz (1984 a), Beschleunigter Abbau EG-interner Steuergrenzen durch abgestufte Steuerharmonisierung? In: Eberhard Grabitz (Hrsg.), Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept? Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 197–224.
- Ders. (1984 b), Europäische Energiepolitik – wenig Spielraum für abgestuftes Vorgehen, in: Eberhard Grabitz (Hrsg.), Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept? Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 261–299.
- Frei, Daniel, Internationale Zusammenarbeit, Königstein/Ts.: Athenäum 1982.
- Ders., Integrationsprozesse, Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München: Hanser 1985, S. 113–131.
- Garthe, Michael, Kleine Schritte oder großer Sprung? Das EP im Zwiespalt der Strategien, in: *Integration*, Bonn 1985, Nr. 2, S. 80–86.
- Ders., Von der Kunst, die Herausforderung der Vielfalt zu organisieren, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 3, S. 133–139.
- George, Stephan, Politics and Policy in the European Community, Oxford: University Press 1985.
- Gerbet, Pierre, La construction européenne, Paris: Imprimerie Nationale 1983.

- Grabitz, Eberhard (Hrsg.), *Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984.
- Ders., *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O.* (siehe Blumenwitz).
- Grabitz, Eberhard u. Otto Schmuck, *Das Europäische Parlament im Verflechtungssystem der EG – Handlungsspielräume, Rollenbeschreibung, Funktionen*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Opladen 1984, Nr. 3, S. 427–440.
- Groeben, Hans von der, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden-Baden: Nomos 1982.
- Hallstein, Walter, *Die Europäische Gemeinschaft*, Düsseldorf: Econ 1978.
- Herz, Thomas, *Europa in der öffentlichen Meinung*, Bonn: Europa Union Verlag 1978.
- Hilf, Meinhard, *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O.* (siehe Blumenwitz).
- Hoffmann, Stanley, *Reflections on the Nation State in Western Europe Today*, in: *Journal of Common Market Studies*, Oxford 1982, Band XXI, Nr. 1/2, S. 21–37.
- Hrbek, Rudolf u. Heinrich Schneider, *Europäische Union im Werden*, in: Hans von der Groeben u. Hans Möller (Hrsg.), *Die Europäische Union als Prozeß*, Baden-Baden: Nomos 1980.
- Hrbek, Rudolf u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?* Bonn: Europa Union Verlag 1984.
- Hrbek, Rudolf u. Wolfgang Wessels, *Das EG-System als Problemlösungsebene und Handlungsrahmen – Optionen bundesrepublikanischer Europapolitik*, in: Rudolf Hrbek u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?* Bonn: Europa Union Verlag 1984, S. 501–542.
- Hrbek, Rudolf u.a., *Le Parlement Européen. Bilan et Perspectives 1979–1984*, Brügge: De Tempel 1984.
- Jacqué, Jean-Paul, *L'intégration différenciée de lege ferenda?* In: *Institut d'Etudes Européennes*, Université Libre de Bruxelles, Brüssel 1986.
- Jacqué, Jean-Paul u.a., *Le Parlement Européen*, Paris: Economica 1984.
- Jamar, Joseph u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Community Bureaucracy at the Crossroads*, Brügge: De Tempel 1985.
- Jansen, Max u. Johan K. de Vree, *The Ordeal of Unity. The politics of European integration 1945–1985*, Bithoven 1985.
- Janz, Louis, *Die Geschichte der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 80–111.
- Kaiser, Karl, *Ein unauflöslicher Zusammenhang: Sicherheit und Integration*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 173–190.
- Keohane, Robert O., *After Hegemony, Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984.
- Klein, Eckart, *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O.* (siehe Blumenwitz).
- Kohler-Koch, Beate, *The Parliamentarians and their Electorate*, in: Rudolf Hrbek u.a., *Parlement Européen. Bilan et Perspectives 1979–1984*, Brügge: De Tempel 1984, S. 439–458.
- Dies., *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O.* (siehe Blumenwitz).
- Kohlhase, Norbert, *Strategien der Europapolitik*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 255–277.
- Koopmann, Georg, *Handelspolitik der EG: Durch Abstufung zu mehr Liberalität und weniger Verfälschung des Wettbewerbs zwischen EG-Unternehmen?* In: Eberhard Grabitz (Hrsg.), *Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 165–195.
- Krokow, Christian Graf von, *Die moderne Zivilisation und die Skepsis*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 206–218.
- Küsters, Hans Jürgen, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden: Nomos 1982.
- Langeheine, Bernd, *Rechtliche und institutionelle Probleme einer abgestuften Integration in der Europäischen Gemeinschaft*, in: Eberhard Grabitz (Hrsg.), *Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integra-*

- tionskonzept? Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 47–124.
- Lippens, Walter, Documents on the History of European Integration, Vol. 1: Continental Plans for European Union 1939–1945, Vol. 2: Plans for European Union in Great Britain and in Exile 1939–1945, Berlin/New York: De Gruyter 1985 und 1986.
- Ders., 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, Europäische Dokumente von Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments 1939–1985, Bonn: Europa Union Verlag 1986.
- Löwenthal, Richard, Die Gemeinsamkeiten des geteilten Europa, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München: Hanser 1985, S. 43–65.
- May, Bernhard, Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn: Europa Union Verlag 1985.
- Milward, Alan S., The Reconstruction of Western Europe 1945–1951, London 1984.
- Møller, J. Ørstrom, Financing European integration: the European Communities and the proposed European Union, in: Roland Bieber u.a., An ever closer Union. A critical analysis of the Draft Treaty establishing the European Union, Brüssel 1985.
- Murswiek, Dietrich, Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O. (siehe Blumenwitz).
- Nickel, Dietmar, Der Entwurf des Europäischen Parlaments für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union, in: Integration, Bonn 1985, Nr. 1, S. 11–27.
- Noelle-Neumann, Elisabeth u. Gerhard Herdegen, Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, Bonn: Europa Union Verlag 1984, S. 305–319.
- Dies., Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, Bonn: Europa Union Verlag 1985, S. 299–320.
- O'Nuallain, Colm (Hrsg.), The Presidency of the European Council of Ministers, Impacts and implications for national governments, London: Croom Helm 1985.
- Pelkmans, Jacques, Market Integration in the European Community, Den Haag: Nijhoff 1984.
- Pinder, John (1985 a), Economic and social powers of the European Union and the Member States: Subordinate or coordinate relationship? In: Roland Bieber u.a. (Hrsg.), An ever closer Union. A critical analysis of the Draft Treaty establishing the European Union, Brüssel 1985.
- Ders. (1985 b), Die europäische Strategie nach Mailand: Wege zur Europäischen Union, in: Integration, Bonn 1985, Nr. 4, S. 148–164.
- Priebe, Hermann, Wilhelm Scheper u. Winfried von Urff, Agrarpolitik in der EG – Probleme und Perspektiven, Baden-Baden: Nomos 1984.
- Puchala, Donald J., Fiscal Harmonization in the European Communities. National Politics and International Cooperation, London 1984.
- Puhl, Detlef, Deutsche Interessen in der EG, Eine ausgeglichene Kosten/Nutzen-Bilanz, in: Integration, Bonn 1985, Nr. 4, S. 182–184.
- Redaktion Integration, Die unverzichtbaren Elemente einer Europäischen Union, in: Integration, Bonn 1985, Nr. 2, S. 47–48.
- Reichel, Peter, Was bleibt von der Europa-Euphorie? In: Peter Reichel (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa, Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt am Main/New York: Campus 1984, S. 292–319.
- Reif, Karlheinz, Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1984, Nr. 3, S. 341–351.
- Ders. (Hrsg.), Ten European Elections, Aldershot: Gower 1985.
- Rovan, Joseph, Nation and Europa, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München: Hanser 1985, S. 219–234.
- Scharpf, Fritz W., The Joint Decision Trap. Lessons from German Federalism and European Integration, Berlin 1985; eine überarbeitete deutsche Fassung ist erschienen in: Politische Vierteljahresschrift, Opladen 1985, Nr. 4, S. 323–356.
- Scharrer, Hans-Eckart, Abgestufte Integration – Eine Einführung, in: Eberhard Grabitz (Hrsg.), Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept? Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 1–30.
- Schendelen, M.P.C.M. van, Das Geheimnis des Europäischen Parlaments: Einfluß auch ohne Kompetenzen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1984, Nr. 3, S. 415–426.
- Schlesinger, Helmut, Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O. (siehe Blumenwitz).

- Schneider, Heinrich, Der Vertragsentwurf und der Föderalismus, in: *Integration*, Bonn 1984, Nr. 1, S. 3–11.
- Schulz, Eberhard, Die europäische Integration und die deutsche Frage, in: Rudolf Hrbek u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?* Bonn: Europa Union Verlag, S. 443–468.
- Schwarze, Jürgen (1985 a), Verfassungsentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, in: Jürgen Schwarze u. Roland Bieber (Hrsg.), *Eine Verfassung für Europa*, Baden-Baden: Nomos 1984, S. 15–48.
- Ders. (1985 b), Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985, a.a.O. (siehe Blumenwitz).
- Simson, Werner von, Voraussetzungen für eine europäische Verfassung, in: Jürgen Schwarze u. Roland Bieber (Hrsg.), *Eine Verfassung für Europa*, Baden-Baden: Nomos 1984, S. 91–109.
- Spinelli, Altiero, Die parlamentarische Initiative zur Europäischen Union, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1983, Folge 24, S. 739–746.
- Tsakaloyannis, Panos (Hrsg.), *The Reactivation of the Western European Union: the Effects on the EC and its institutions*, Maastricht: European Institute of Public Administration 1985.
- Vornbäumen, Axel, Dynamik in der Zwangsjacke? Die Präsidentschaft im Ministerrat der EG als Führungsinstrument, Bonn: Europa Union Verlag 1985 (Bd. 5 der Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung).
- Wallace, Helen u.a. (Hrsg.), *Policy-Making in the European Community*, New York u.a.: Wiley 1983. Dort insbesondere Helen Wallace, *Negotiation, Conflict and Compromise: The Exclusive Pursuit of Common Policies*, sowie dies., *Distributional Politics: Dividing up the Community Cake*, sowie William Wallace, *Less than a Federation, More than a Regime: The Community as a Political System*.
- Wallace, Helen, *Negotiations and Coalition Formation in the European Community*, in: *Government and Opposition*, London 1985, Nr. 4, S. 453–472.
- Dies., *Die Europäische Gemeinschaft: Mit Unterschieden leben*, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 1, S. 34–38.
- Wallace, Helen u. Adam Ridley, *Europe: The Challenge of Diversity*, Chatham House papers, 29, London 1985.
- Weidenfeld, Werner (1985 a), *Europa – aber wo liegt es?* In: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität Europas*, München: Hanser 1985, S. 13–41.
- Ders. (1985 b), *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985*, a.a.O. (siehe Blumenwitz).
- Weinstock, Ulrich, *Abstufung als Realität und Chance*, in: Eberhard Grabitz (Hrsg.), *Abgestufte Integration – Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* Kehl am Rhein/Straßburg: Engel 1984, S. 345–379.
- Weiler, Joseph H. u. James Modrall, *The Creation of the European Union and its Relation to the EEC Treaties*, in: Roland Bieber u.a. (Hrsg.), *An ever closer Union. A critical analysis of the Draft Treaty establishing the European Union*, Brüssel 1985.
- Wessels, Wolfgang, *Der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments für eine Europäische Union. Kristallisationspunkt einer neuen Europa-Debatte*, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1984, Folge 8, S. 239–248.
- Ders., *Alternative Strategies for Institutional Reforms*, European University Institute, Florence, Working Paper No. 85/184, Juli 1985, S. 58ff., Florenz 1985.
- Zellentin, Gerda, *Überstaatlichkeit statt Bürgernähe?* In: *Integration*, Bonn 1984, Nr. 1, S. 46–51.
- Dies., *Stellungnahme vor dem Auswärtigen Ausschuss am 2. Oktober 1985*, a.a.O. (siehe Blumenwitz).